

09.11.2011

Situation der beruflichen Schulen - Grüne sehen Nachbesserungsbedarf

Bei einem Besuch in der Max-Eyth-Schule erkundigten sich die Kasseler Landtagsabgeordneten Karin Müller und Dr. Andreas Jürgens (Bündnis 90/Die Grünen) am Montag über die Auswirkungen von aktuellen Verordnungen und Erlassen des Hessischen Kultusministeriums auf die beruflichen Schulen. Zu dem Gespräch eingeladen hatten Arno Koch, Schulleiter der Max-Eyth-Schule und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an Beruflichen Schulen (AGD) Kassel Stadt und Landkreis, sowie Ekkehard Nozulak, Schulleiter der Friedrich-List-Schule und ebenfalls Vertreter der AGD.

In dem Gespräch wurde deutlich, dass besonders die in diesem Jahr verabschiedete Klassengrößenverordnung die beruflichen Schulen vor große Probleme stellt. Die neue Verordnung sieht eine Zahl von 30 SchülerInnen pro Klasse vor, was schon aufgrund der Raumgrößen kaum möglich ist, da die Klassenräume meist nur für bis zu 25 SchülerInnen konzipiert sind. Die Zahl von Computerarbeitsplätzen oder Werkstattplätzen stellen weitere limitierende Faktoren da. "Die Schulen sind so oftmals gezwungen, weniger Stunden zu unterrichten, um die Klassen kleiner zu halten und so einen qualitativ höherwertigen Unterricht anzubieten. Dies kann nicht dauerhaft hingenommen werden, hier besteht dringender Handlungsbedarf von Seiten des Kultusministerium" so Karin Müller.

Auch die Verordnung über die Pflichtstunden für Lehrkräfte sei für die beruflichen Schulen ungünstig. So ist etwa die Leitungszeit sehr gering bemessen, obwohl die Schulleitungen durch die Vielzahl von unterschiedlichen Schulformen an den beruflichen Schulen einen enormen verwaltungstechnischen Aufwand haben. "Hier besteht eine Ungleichbehandlung gegenüber allgemeinbildenden Schulformen, besonders den eigenständigen gymnasialen Oberstufen", so Andreas Jürgens.

Befremdlich wirke auch die Ankündigung des Kultusministeriums, dass die Zuweisung von Lehrerstunden für den Religionsunterricht in der Berufsschule im Zuge der Nachsteuerung gestrichen würde, wenn dieser Unterricht nicht schon vorher abgedeckt werden konnte. Jürgens: "Das Kultusministerium droht den Berufsschulen also, den Religionsunterricht gänzlich zu streichen, wenn zu Schuljahresbeginn nicht genügend Stunden abgedeckt werden können."

Die beiden Landtagsabgeordneten fordern Kultusministerin Henzler auf, Nachbesserungen vorzunehmen, damit die beruflichen Schulen weiterhin qualitativ guten Unterricht anbieten können. Des Weiteren versprachen die Grünen Abgeordneten, das Thema in ihre Fraktion mitzunehmen.